



Außen- und Sicherheitspolitik: Europa gemeinsam verteidigen!

EU-in-BRIEF | Ausgabe 01-2017

Von Michael Gahler MdEP und Christian Moos

Terror, Brexit, Trump: Das vergangene Jahr hat die Europäische Union mit einer Vielzahl außenpolitischer Herausforderungen konfrontiert. Mit zunehmender Komplexität ziehen diese Herausforderungen auch eine stärkere Verschmelzung von äußerer und innerer Sicherheit nach sich. Als Beitrag zum aktuellen Konsultationsprozess in der Europäischen Bewegung Deutschland zu den Politischen Forderungen 2017/18 betrachten die EBD-Vorstandsmitglieder Michael Gahler und Christian Moos in diesem EU-in-BRIEF aktuelle Trends der europäischen Sicherheitspolitik: Sie betonen, welche Bedeutung die bereits existierenden sicherheitspolitischen Initiativen der Europäischen Institutionen für eine starke Stellung der EU auf globaler Bühne haben, formulieren aber auch Ansätze für eine weiterführende Kooperation der Mitgliedstaaten in der Verteidigungspolitik.

Die Europäische Union erlebt turbulente Zeiten und fundamentale Unsicherheiten. Terroristische Anschläge in europäischen Städten, das Votum des Vereinigten Königreiches, die EU zu verlassen, sowie der außenpolitisch bedeutsame Wahlsieg von Donald Trump in den USA hinterlassen deutliche Spuren in der europäischen Politik. Zwei Trends lassen sich in der Sicherheitspolitik klar erkennen: Sicherheit muss ganzheitlich gedacht werden und wir müssen europäische Lösungen finden.

Sicherheit ganzheitlich denken

Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr klar zu unterscheiden. Ereignisse außerhalb Deutschlands, ja sogar außerhalb Europas haben direkte Auswirkungen auf das Leben der Deutschen und ihrer europäischen

Nachbarn. Kriege, Konflikte und Instabilitäten im Nahen Osten und in Afrika haben Migrationsströme hervorgerufen, auf die Europa nicht vorbereitet war. Der so genannte Islamische Staat rekrutiert auch Europäer, um im Nahen Osten zu kämpfen.

Gleichzeitig werden europäische Städte Ziele terroristischer Anschläge. Durch das russische Vorgehen in der Ukraine wird die europäische Sicherheitsarchitektur grundlegend in Frage gestellt („hybride Kriegsführung“). Diese Vernetzung von innen- und außenpolitischen Ereignissen erfordert eine politische Lösungssuche die über Nationalstaatsgrenzen hinausgeht, internationale Zusammenhänge erkennt und umfassende Ansätze entwickelt.

Die gesamte Bandbreite staatlichen Handelns kann und muss zusammen gedacht werden: wirtschaftliche Instrumente, Diplomatie oder

der Einsatz des Militärs werden nie alleinige Lösung sein können. Die komplexen Probleme unserer Zeit machen eine intelligente Kombination verschiedener außen- und sicherheitspolitischer Instrumente notwendig.

Europäische Lösungen finden

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Deutschland heute steht, sind zu groß, um sie alleine lösen zu können. Eine Kooperation mit europäischen Partnern, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, ist daher dringend notwendig. Die EU bildet ohne Zweifel eine geeignete Plattform für gemeinsame europäische Lösungsansätze. In verschiedenen Politikfeldern hat die Union ihre Fähigkeit zur effektiven Politikformulierung schon beweisen können. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die EU bisher aber unter den Erwartungen mancher Beobachter geblieben; die Möglichkeiten der seit 2009 im Lissabon-Vertrag festgeschriebenen Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurden bisher kaum ausgenutzt.

Europa muss seine Sicherheit selbst in die Hand nehmen

Die Veröffentlichung der „European Union Global Strategy“ (EUGS) im Sommer 2016 hätte der Auftakt zu einer intensiven Debatte der Europäer über ihre gemeinsame Sicherheitspolitik sein sollen. Das Votum des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten, wurde jedoch zu einem wichtigen *game changer*. Anstatt die Strategie an sich zu diskutieren, wurde der Einfluss des nahenden Brexit auf die Europäische Union als Ganzes diskutiert.

Erste Stimmen wurden laut, die ein neues Momentum für die GSVP sahen, nun, da das Vereinigte Königreich – bisher die größten Kritiker einer engeren GSVP – die Union verlassen würde.

Wenige Monate später machte die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA den Europäern endgültig deutlich, dass sie ihre Sicherheit nun selbst in die Hand nehmen müssen. Denn von einem Präsidenten, der die bisherige Zusammenarbeit mit der NATO offen in Frage stellt, kann im Zweifelsfall nur eingeschränkte Solidarität mit europäischen Partnern erwartet werden.

Europäische Kommission

Vor diesem Hintergrund trieb die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die Folgeaktivitäten der EUGS voran. Schon im November 2016 stellte sie den „Implementation Plan on Security and Defence“ vor, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der EUGS beinhaltet. Des Weiteren präsentierte sie den „European Defence Action Plan“, welcher Vorschläge machte für effizientere Verteidigungsausgaben und Europa als innovativen Industriestandort. Konkrete Vorschläge zur verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO im „Implementation Plan for the Joint Declaration on EU-NATO Cooperation“ runden das Paket ab. Die Initiativen der Kommission wurden auch von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrem Gipfel im Dezember 2016 begrüßt.

Europäisches Parlament

Auch das Europäische Parlament diskutierte Möglichkeiten einer engeren europäischen Verteidigungsunion. In dem zu diesem Thema verabschiedeten Bericht fordern die Abgeordneten engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um adäquat auf die veränderte Sicherheitslage der Europäischen

Union reagieren zu können. Die schon im Lissabon-Vertrag verankerte Möglichkeit einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit (Art. 46 EUV) in Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten wurde erneut betont, ebenso wie die Notwendigkeit einer einheitlichen europäischen Verteidigungsindustriepolitik.

Forderungen der EBD

Die Europäische Bewegung Deutschland sieht nach den Ereignissen des Jahres 2016 ein klares Momentum für den Ausbau der GSVP. Dass die europäische Sicherheitspolitik immer dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger Europas und dem Ziel der Krisenprävention und -bewältigung dienen muss und niemals Selbstzweck sein darf, lässt sich klar aus den Werten der Union ableiten.

Folgende konkrete Schritte im Jahr 2017 sieht die EBD als besonders wünschenswert an:

Politisches Engagement der Mitgliedstaaten

Die verschiedenen Initiativen der europäischen Institutionen sind ohne konkrete politische Verpflichtungen und das Engagement der Mitgliedstaaten wertlos. Die Mitgliedstaaten müssen anerkennen, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen Europa steht, nur von allen Europäern gemeinsam gelöst werden können. Sie müssen sich aktiv an der Erstellung von gemeinsamen Positionen beteiligen und gefundene Kompromisse mittragen. Die europäischen Strategiepapiere und Maßnahmenkataloge sind nur dann sinnvoll, wenn alle Mitgliedstaaten sich zu deren Umsetzung verpflichten und konkrete Schritte einleiten.

Hier kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu: Als bevölkerungsreichstes EU-Mitglied und – nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs – zweitgrößte Militärmacht der Union wird ein klares Bekenntnis der

Bundesrepublik zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der Motor einer Entwicklung werden können.

Vorhandene Möglichkeiten nutzen

Die Europäische Union als Rahmen für eine stärkere Verteidigungskooperation der Mitgliedstaaten zu nutzen ist nicht nur politisch wünschenswert, sondern erhöht auch die Effizienz und sichert den Frieden in Europa. Die bestehenden Möglichkeiten wie zum Beispiel die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ müssen genutzt werden. Bi- oder multilaterale Kooperationen sollten zu Synergien bei der Ausbildung, der Beschaffung und Instandhaltung von Material, der Entwicklung und Forschung, der Infrastruktur oder dem zivil-militärischen Personalkörper führen.

Kooperation mit Partnern

Die Europäische Union muss die aktive Kooperation mit regionalen und internationalen Partnern weiter vorantreiben. Bei den Austrittsverhandlungen des Vereinigten Königreichs aus der EU sollte besonderer Wert auf die weitere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen gelegt werden. Auch die Kooperation mit der NATO und den Vereinten Nationen ist von fundamentaler Bedeutung für die Union und sollte weiter ausgebaut werden. Es muss klargestellt werden, dass die kollektiven Sicherheitssysteme nicht in Konkurrenz zueinander, sondern nebeneinander stehen, was eine deutliche Abgrenzung von bestehenden und zu schaffenden Zuständigkeiten der Ebenen notwendig werden lassen kann.

Auf neue Herausforderungen reagieren

Gerade in Zeiten, in denen die Bedrohungen nicht vor nationalen Grenzen haltmachen, hybrid sind oder aus dem Cyberraum kommen, ist eine enge internationale Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Die EU muss aber auch selbst institutionell tätig werden. Die Einrichtung eines „EU Cyber-

Kommandos“ sowie eines permanenten zivil-militärischen Hauptquartiers könnten auf der operativen Ebene weitere Schritte sein, die es der Union ermöglichen würden, schneller auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Ein wichtiger Schritt hin zu einer schnell handlungsfähigen GSVP sollte die Etablierung eines formalen Gremiums der europäischen Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister sein, welches die informellen Treffen ablöst. Darüber hinaus sollte ein ordentlicher Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung den bisherigen Unterausschuss des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament ersetzen.

Langfristig: Europäische Armee

Schon jetzt arbeiten Soldaten verschiedener europäischer Nationen in Auslandseinsätzen eng zusammen. Verstärkte europäische Übungen und Einsatzvorbereitungen können die Zusammenarbeit der Soldaten erleichtern, aber auch ihr Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Es sollte auf gemeinsame Aus- und Fortbildung sowie Trainingseinheiten von Soldaten der europäischen Armeen hingewirkt werden.

Langfristig könnten solche bi- und multilateralen Kooperationen die Weichen für eine Europäische Armee stellen. Wie sie ausgestaltet werden kann, ist heute offen. Ihre Ausgestaltung muss kritisch begleitet werden und stößt auf Grenzen: Das Recht auf Koalitionsfreiheit der Soldaten gem. Art. 11 EMRK, Art. 12 und 28 GR-Charta der EU sowie Art. 9 GG muss in allen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Europäische Vorgaben zur Arbeitsplatzgestaltung, zu Arbeitszeitenregelungen und zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sollten auch für Soldatinnen und Soldaten Anwendung finden.

Die Übertragung nationaler Fähigkeiten auf die europäische Ebene bedeutet die Aufgabe von Souveränität. Es müssten daher mehrere Voraussetzungen für einen solchen Transfer erfüllt werden. Das Aktivieren einer an den Bedürfnissen der beschriebenen Einsätze ausgerichteten Europäischen Armee müsste unter einen Parlamentsvorbehalt gestellt werden. Das heißt, dass es sich um eine Parlaments- und nicht um eine Exekutivarmee handeln müsste. Es müsste ein „Ombudsmann“ installiert und vom Europäischen Parlament gewählt werden, der dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ähnelt und mindestens die in Art. 45b GG fest geschriebenen Rechte hat. Bei den Grundsätzen der Inneren Führung und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform dürfte es keine Einschnitte geben.

Weitere Informationen

Außen- und Sicherheitspolitik: Europa gemeinsam verteidigen! Politische Forderung 2016/17 der EBD im Wortlaut:
<https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2016-17/europa-gemeinsam-verteidigen/>

News-Tag auf der EBD-Website:
<https://www.netzwerk-ebd.de/news-tag/GASP/>

Policy Paper “Security” der Europäischen Bewegung International:
http://europeanmovement.eu/wp-content/uploads/2016/04/EMI_16_PolicyPosition_SECURITY_VIEW2.pdf



Über die Autoren

Michael **Gahler** MdEP ist Vizepräsident der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. Im Europäischen Parlament ist er u.a. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses (AFET) und des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung (SEDE) sowie Sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion.

Christian **Moos** ist als Generalsekretär der Europa-Union Deutschland e.V. Mitglied im Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. Hauptamtlich leitet er den Geschäftsbereich Europa und internationale Angelegenheiten beim dbb beamtenbund und tarifunion, den er auch im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vertritt.

Kontakt: michael.gahler@netzwerk-ebd.de, christian.moos@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2017/03/EU-in-BRIEF-1_2017_Europa-gemeinsam-verteidigen.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format der Europäischen Bewegung Deutschland. | ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Wir bitten, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren und Titel, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte Netzwerk für Europapolitik in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.